



HESSISCHER LANDTAG

13. 08. 2019

KPA

Berichts Antrag

Rolf Kahnt (AfD), Heiko Scholz (AfD) und Fraktion

Neuer Islamunterricht in der Jahrgangsstufe 7

Gemäß Aussage eines Sprechers des Kultusministeriums sei die Entscheidung über die Fortsetzung der Kooperation mit dem umstrittenen türkischen Moscheeverband DITIB im Hinblick auf den bekenntnisorientierten Islamunterricht noch offen. Eine finale Entscheidung solle in jedem Fall noch in diesem Jahr fallen (Quelle: Hessische Allgemeine 8. August 2019).

Wie auch immer die Entscheidung ausfallen wird, es sind nur die Jahrgangsstufen 1 bis 6 an Grundschulen und weiterführenden Schulen davon betroffen. Demnach Kinder im Alter von etwa 6 bis etwa 12 Jahren. Nach Angaben des Kultusministeriums gegenüber der Presse haben sich für das beginnende Schuljahr 3.334 Schüler an 56 Grundschulen und 12 weiterführenden Schulen zum bekenntnisorientierten Islamunterricht unter Kooperation mit DITIB angemeldet.

In der Jahrgangsstufe 7 wird ab dem beginnenden Schuljahr ein in alleiniger Verantwortung des Landes Hessen liegender Islamunterricht angeboten, der sich inhaltlich vom bekenntnisorientierten Islamunterricht unter der Kooperation mit DITIB stark unterscheidet: Anstelle von konfessionellem Islamunterricht, der auch Beten beinhaltet, zielt der neue Islamunterricht in der Jahrgangsstufe 7 auf Informationsvermittlung zum Islam ab. Die Lehrkräfte kämen aus den Reihen des bisher angebotenen bekenntnisorientierten Islamunterrichts (Quelle: Hessische Allgemeine 8. August 2019).

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet das Kultusministerium den Einsatz von Lehrkräften aus den Reihen des bisher angebotenen bekenntnisorientierten Islamunterrichts unter DITIB-Kooperation für den in alleiniger staatlicher Verantwortung liegenden Islamunterricht in der Jahrgangsstufe 7 im Hinblick darauf, dass diese, in Deutschland in zwei Unterrichtsfächern ausgebildeten regulären Lehrkräfte ihre Lehrbefugnis für Islamunterricht ursprünglich durch DITIB erhielten?
2. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass der neue Islamunterricht in der Jahrgangsstufe 7 nicht durch DITIB über die ursprünglich von ihr bestimmten Lehrkräfte beeinflusst wird?
3. Gab es bei der Erstellung des Lehrplans bzw. von Lehrinhalten für den Islamunterricht in Jahrgangsstufe 7 eine Abstimmung bzw. Zusammenarbeit mit Islamverbänden oder anderen Religionsgemeinschaften?
Falls ja, mit welchen?
Falls nein, warum nicht?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung im Hinblick auf den noch nicht ausgearäumten Einfluss von Diyanet und somit der türkischen Regierung auf DITIB zum Schutz der 3.334 Kinder in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 vor möglicher Indoktrinierung im bekenntnisorientierten Islamunterricht?
5. Welche Angebote wurden durch das Kultusministerium erarbeitet, um nach einer möglichen Beendigung der Kooperation mit DITIB Islamunterricht in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 anzubieten?

Wiesbaden, 13. August 2019

Per parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe**Rolf Kahnt**
Heiko Scholz